

Thomas Koch
Roman Hermann
Roman Schafflützel
Beat Lüthi *
Eric Schenk
Nicolo Taddei
Alexandra Gwerder-Fegble

Gemeinderatspräsident
Hans Roth
Oberdorfstrasse 12
8820 Wädenswil

Wädenswil, 2. Februar 2024

Postulat betreffend Beseitigung strukturelle Finanzierungslücke Stadt

Der Stadtrat wird aufgefordert, einen Plan zu erarbeiten, wie die strukturelle Finanzierungslücke der Stadt (Jahresergebnis plus Abschreibungen steuerfinanziertes Verwaltungsvermögen minus normalisierte Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen) eliminiert werden soll.

Begründung:

Im Rahmen der Verabschiedung der Finanzstrategie der Stadt Wädenswil für die Legislatur 2022 bis 2026, welche vom Stadtrat im Sommer 2022 verabschiedet wurde, hat sich der Stadtrat bis zum Ende der Legislatur (2026) die Beseitigung des strukturellen Defizits zum Ziel gesetzt, um den weiteren Anstieg der Nettoverschuldung zu verhindern (Protokollauszug Stadtratssitzung vom 12.09.2022, 2022.1323).

Die strukturelle Finanzierungslücke wird vom Ressort Finanzen wie folgt definiert:

- Jahresüberschuss (wobei die Erträge aus GGSt normalisiert werden¹)
 - + Abschreibungen Verwaltungsvermögen (nur Steuerhaushalt)
 - Selbstfinanzierung**
 - Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen, normalisiert (nur Steuerhaushalt²)
- «Normalisierter» Struktureller Überschuss (bzw. Strukturelles Defizit, wenn Zahl negativ)**

Die Grundstückgewinnsteuern auf der Einnahmenseite und die Nettoinvestitionen auf der Ausgabenseite werden normalisiert, weil sonst aufgrund der jährlichen Schwankung kein klarer Trend erkennbar wäre. Der/das so ermittelte, «normalisierte» strukturelle Überschuss/Defizit entspricht, falls negativ, der Finanzierungslücke. Die Finanzierungslücke muss durch Cash-Abbau oder Aufnahme von Darlehen finanziert werden. Im Jahre 2022 betrug die Finanzierungslücke zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Finanzstrategie CHF 5 Mio.

¹ Die Grundstückgewinnsteuern (GGSt) werden normalisiert mit CHF 12 Mio. eingesetzt

² Die Nettoinvestitionen ins steuerfinanzierte Verwaltungsvermögen werden normalisiert mit CHF 17 Mio. eingesetzt

Die Halbzeit der laufenden Legislatur ist in Kürze erreicht – somit ist es Zeit für eine Zwischenbeurteilung der Zielerreichung.

Auf Basis des Budgets 2024 (die Jahresrechnung 2023 steht noch aus) muss festgestellt werden, dass sich – trotz positiv verlaufender Konjunktur und Steuerreinnahmen - das strukturelle Defizit nicht etwa reduziert, sondern vielmehr auf über CHF 6.6 Mio. ausgeweitet hat.

Dies ist besonders enttäuschend, weil bereits für 2023 eine Erhöhung des Steuerfusses erfolgte und somit auf mit der Situation im 2022 vergleichbarer Basis das für 2024 budgetierte strukturelle Defizit gar CHF 7.5 Mio. beträge. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch zu der in der verabschiedeten Finanzstrategie formulierten Absicht, vorerst ausgabenseitige Verbesserungen anzustreben und erst in einem zweiten Schritt, falls ein klarer Bedarfsnachweis gegeben ist, beim Steuerfuss anzusetzen.

Zudem steht die Befürchtung im Raum, dass die Annahme von CHF 17 Mio. Nettoinvestition p.a. ins Verwaltungsvermögen (allgemeiner Haushalt, ohne Eigenwirtschaftsbetriebe) gemessen an den Zahlen im aktuellen Finanz- und Entwicklungsplan zu tief angesetzt sein dürfte. Gemäss FEP 2024-27 betragen diese in den Jahren 2023-2027 (unter Ausklammerung der Verschiebungen aus dem Finanz- ins Verwaltungsvermögen im Umfang von CHF 20 Mio. sowie der selbstfinanzierten Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen des allgemeinen Haushalts mit durchschnittlich weiteren CHF 11.9 Mio. p.a.) CHF 20.7 Mio. p.a. (Quelle: FEP 2024-27, S. 12).

Konkrete Massnahmen, das bestehende strukturelle Defizit via Einsparungen beim Aufwand zu reduzieren, sind bisher kaum ersichtlich. Die schon länger im Raum stehende Leistungsüberprüfung sowie die in Auftrag gegebenen Benchmarking-Analysen zu Vergleichsgemeinden, welche dem Stadtrat offenbar vorliegen, sind zu begrüssen. Von konkreten Effizienzsteigerungen haben wir bisher aber keine Kenntnis.

Wir bitten den Stadtrat, einen Plan zu erarbeiten, der konkrete Massnahmen aufzeigt, wie diese Finanzierungslücke mittelfristig geschlossen werden soll. Auch wenn absehbar ist, dass das Ziel, die Lücke während der Legislatur 2022-26 zu schliessen, nicht erreicht werden kann, erwarten wir, dass bereits im BU25, dem letzten Budget, welches gesamthaft in der laufenden Legislatur und damit vollständig in der Verantwortung des gewählten Stadtrates liegt, messbare, signifikante Fortschritte erkennbar sind.

Die Fraktion FDP / BFPW dankt dem Stadtrat für die Prüfung und Beantwortung dieses Postulats.

** Sprecher im Rat*

